

Zeitschrift: Energie extra
Herausgeber: Bundesamt für Energie; Energie 2000
Band: - (2000)
Heft: 5

Artikel: Das Nein zu den Energievorlagen ist kein Nein zur Energiepolitik
Autor: Schmid, Hans Luzius
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-639554>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenarbeit in der Energiepolitik

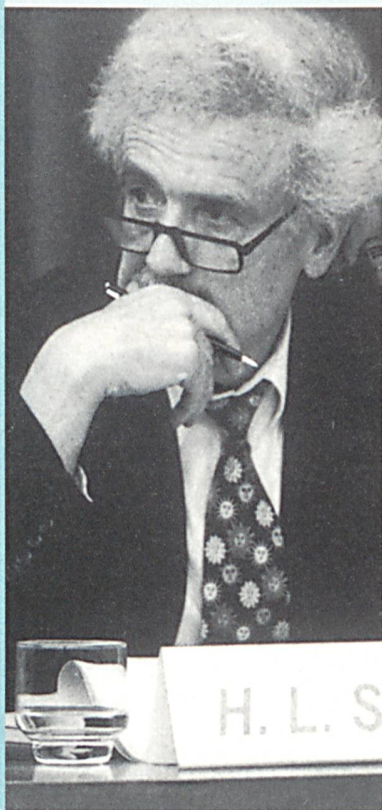
Im Energiebereich haben der Bund und die Kantone im letzten Jahr eng zusammengearbeitet. Gemeinsam haben sie mit «EnergieSchweiz» das Nachfolgeprogramm zu Energie 2000 entwickelt. Die Programme im Gebäudebereich wurden ebenso harmonisiert wie die Globalbeiträge, welche die Kantone für ihre eigenen Förderprogramme einsetzen. Im Rahmen von EnergieSchweiz wird sich der Bund verstärkt auch für den Minergie-Standard einsetzen.

Um die Effizienz von EnergieSchweiz zu erhöhen, wurden verschiedene Aktivitäten von Energie 2000 zusammengelegt. Im Verein «Interessengemeinschaft für Energie-Grossverbraucher öffentlicher Gebäude» machen mit: Das Forum Energieverbrauch kantonalen Bauten, das Ressort Spitäler von Energie2000 und möglicherweise die Grossverbraucher des Bundes. Ferner wurden alle Angebote für die Gemeinden in das Programm «EnergieSchweiz für die Gemeinden» eingebracht. An diesem Programm sind die Kantone direkt beteiligt wie auch an der Leitung des Sektors Gebäude von EnergieSchweiz.

Dem Bundesamt für Energie ist es ein wichtiges Anliegen, dass die traditionell gute Zusammenarbeit mit den Kantonen im Programm EnergieSchweiz fortgesetzt und bei Bedarf noch verbessert wird. Gelegenheit dazu bieten die Besuche des BFE bei den Kantonen und seine Teilnahme an den Konferenzen der Energiedirektoren und der kantonalen Energiefachstellen.

Nicole Zimmermann
Chefin Sektion Öffentliche Hand
und Gebäude,
Bundesamt für Energie

Reaktionen und Kommentare zur Abstimmung vom 24. September 2000	2
Stark vereinfachte Anwendung von SIA 380/4	4
Koordination: Nachdiplom-Angebote im Energiebereich	4-5
Brennholzverbrauch soll verdoppelt werden	6
16 Tipps, um Heizenergie zu sparen	7



Dr. Hans Luzius Schmid

Programmleiter Energie 2000/
EnergieSchweiz, Stv. Direktor BFE

«Zehn Jahre Erfahrungen mit Energie 2000 und die neusten Energieperspektiven zeigen: Ohne wirksame zusätzliche Massnahmen werden wir die Ziele nicht erreichen.»

Das Nein zu den Energievorlagen ist kein Nein zur Energiepolitik

In der Volksabstimmung vom 24. September sind die drei eidgenössischen Energievorlagen abgelehnt worden. Das ist ein Verdikt gegen die Instrumente einer Förder- und Umweltabgabe, nicht aber ein Nein zu einer wirksamen Energiepolitik von Bund und Kantonen. Diese streben beide langfristig eine nachhaltige Energieversorgung an. Zur Erreichung dieses Ziels und vor allem unserer internationalen Klimaverpflichtungen braucht es wesentlich wirksamere Massnahmen zur rationellen Energieverwendung und zum Einsatz erneuerbarer Energien.

Anfang nächsten Jahres soll das Aktionsprogramm Energie 2000 durch das Nachfolgeprogramm EnergieSchweiz abgelöst werden. Das neue Programm wird auf den Erfahrungen und Strukturen von Energie 2000 aufbauen.

Der *freiwillige Ansatz* von Energie 2000 wird wesentlich verstärkt durch den Einsatz von Energieagenturen gemäss Energiegesetz sowie Vereinbarungen mit Grossverbrauchern gemäss CO₂-Gesetz. Direkt angesprochen ist hier die Wirtschaft, die mit ihrer Agentur einen massgeblichen Beitrag zur Erreichung der Ziele leisten will.

Zudem sind die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen von Bund und Kantonen besser zu nutzen: Dabei geht es um Vorschriften über den *Energieverbrauch von Geräten, Motorfahrzeugen und Gebäuden, um die verstärkte Förderung von neuen Technologien* sowie – frühestens 2004 – um eine *CO₂-Abgabe*. Ohne wirksame zusätzliche Massnahmen werden wir unsere Klimaschutzverpflichtungen und das Ziel des CO₂-Gesetzes auf Grund der Erfahrungen von Energie 2000 und den neuesten Energieperspektiven nicht erreichen.

H. L. Sch.